

1. Altersdiskriminierung

Die CDU Stadtratsfraktion Koblenz hat der Resolution gegen Altersdiskriminierung vom 27.09.2018 voller Überzeugung zugestimmt. Auch wir wenden uns gegen die willkürliche Setzung von Altersgrenzen, zumal sich das Lebensalter, in dem in der Regel eine vollständige körperliche und geistige Fitness noch vorhanden ist, in den letzten Jahrzehnten stark nach oben entwickelt hat. Die Frage der unseres Erachtens unangemessenen Altersgrenze bei Schöffentätigkeiten haben wir mit der Bitte um Unterstützung an die CDU-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz weitergeleitet.

2. Pflege

Maßnahmen zur Stärkung der häuslichen Pflege unterstützen wir ausdrücklich und stehen der Ausweitung von Modellprojekten wie „Gemeindeschwester plus“ positiv gegenüber. In Deutschland besteht ein großer Bedarf an Fachkräften im Pflegebereich, angesichts der demographischen Entwicklung noch immer anwächst. Gute Pflege setzt qualifiziertes und motiviertes Personal voraus. Die CDU möchte die Arbeitsbedingungen von Pflegekräften insgesamt verbessern. Daher wurde auf Bundesebene die „Konzertierte Aktion Pflege – für mehr Wertschätzung, bessere Arbeitsbedingungen und gerechte Bezahlung“ auf den Weg gebracht. Effiziente Gesundheitsfürsorge, Krankheitsvorbeugung und die Förderung eines unabhängigen Alterns sind unerlässlich, um die weitere Kostenentwicklung im Gesundheitswesen zu begrenzen und die Gesundheit und Pflege aller Bürgerinnen und Bürger weiterhin zu gewährleisten. Daher unterstützen wir auch „Horizont 2020“, das Rahmenprogramm der Europäischen Union für Forschung und Innovation. Als Förderprogramm zielt es darauf ab, EU-weit eine wissens- und innovationsgestützte Gesellschaft und eine wettbewerbsfähige Wirtschaft aufzubauen sowie gleichzeitig zu einer nachhaltigen Entwicklung beizutragen. Gefördert werden unter anderem Projekte zur Vermeidung, Überwachung, Behandlung und Heilung von Krankheiten, Invalidität und verminderter Funktionalität sowie zur Organisation von Gesundheits- und Pflegesystemen. Projekte sollen möglichst das gesamte Spektrum des Forschungs- und Innovationszyklus abdecken und zur Translation von Forschungsergebnissen in die Versorgung beitragen. Vor allem werden die Fördermöglichkeiten für Prävention und Gesundheitsförderung sowie zum Thema Alterung der Bevölkerung erweitert.

3. Mobilität

Wir haben der Rekommunalisierung des ÖPNV vor allem zugestimmt, um Einfluss auf Angebot und Preisstruktur zu erlangen. Verbesserungen sind hier dringend nötig. Daher haben wir bereits eine verbesserte Leistungen wie eine bessere Taktung, neue Angebote und bspw. barrierefreie Haltestellen bei bis zu 30% reduzierten Fahrpreisen beschlossen. Die Reduzierung von E-Tickets wird zeitlich sogar vorgezogen. Auf eine zeitnahe Umsetzung von ihm Nahverkehrsplan vorgesehenen Verbesserungen werden wir achten. Wichtig zur Sicherung der Finanzierung eines verbesserten und kostengünstigen ÖPNV ist die Definition

des ÖPNV als Pflichtaufgabe und nicht als freiwillige Leistung der Kommunen. Da die Stadt die Gestaltung des ÖPNV zukünftig selbst bestimmen kann, werden natürlich auch die Partizipationsmöglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger einfacher. Somit wird auch eine verstärkte Einbeziehung des Seniorenbeirats und vor allem auch des Fahrgastbeirats möglich.

4. Miteinander der Generationen

Die Entwicklung neuer generationenübergreifender Wohnformen möchten wir genauso wie Begegnungsstätten fördern. Es wird zu diskutieren sein, ob die Modelle anderer Städte für Koblenz kompatibel sind oder ob es nicht sinnvoller ist, passgenaue, auf die Koblenzer Gegebenheiten und Bedürfnisse ausgerichtete Konzepte zu entwickeln.

Bezüglich der bisher unbefriedigenden Marktsituation in Koblenz wird derzeit an neuen Konzepten gearbeitet. Die Einrichtung von barrierefreien Märkten muss in diesem Zusammenhang in die Überlegungen mit einbezogen werden. Sie könnten Bestandteil einer guten Nahversorgung sein, die der CDU äußerst wichtig ist. Selbstverständlich ist die Funktion von Märkten als Forum von Begegnungen und Kommunikation wichtig und förderungswürdig.

5. Bürgerbeteiligung

Die genannten Beiräte und Institutionen sind der CDU Koblenz äußerst wichtig und es liegt uns am Herzen, zum Wohle unserer Stadt und aller Bürgerinnen und Bürger eng mit ihnen zusammenzuarbeiten. Einer Intensivierung der Zusammenarbeit stehen wir positiv gegenüber. Vielleicht wäre es sinnvoll, in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe aller Gremien unter Beteiligung von Politik und Verwaltung die sich dafür bietenden Möglichkeiten zu erörtern. Dies könnte nicht nur einer Verbesserung der Zusammenarbeit von Rat und Gremien/Institutionen, sondern auch zu einer verbesserten Abstimmung der Gremien untereinander beitragen. Aus den Ergebnissen einer solchen gemeinsamen Konferenz ließe sich vielleicht auch ableiten, ob zusätzlicher Bedarf für einen weiteren Beirat besteht. Die CDU hat versucht, mittels eines Bürgerentscheids größere Partizipationsmöglichkeiten für die Bürger in ihren Stadtteilen zu schaffen. Leider haben sich die Wähler anders entschieden. Ob Zukunftskonferenzen für Stadtteile, die nicht über einen Ortsbeirat verfügen, eine sinnvolle Alternative sein könnten, hängt von deren Zielen und Konzeptionen ab.

6. Wohnen im Alter

Die CDU Koblenz setzt sich für bezahlbares, barrierefreies, altersgerechtes Wohnen ein, das ein möglichst langes selbstbestimmtes Wohnen gewährleistet. Auch die Entwicklung neuer generationenübergreifender Wohnformen möchten wir fördern. Im Stadtrat haben wir bei städtischen Flächen einen Anteil von mindestens 20% sozial gefördertem Wohnraum

beschlossen. Die Forderung nach einem grundsätzlich barrierefreien geförderten Wohnungsbau halten wir für sinnvoll.

Da die Landesregierung sich, besonders auf Druck der SPD Rheinland-Pfalz geweigert hat, die Straßenausbaubeiträge abzuschaffen und in den kürzlich beschlossenen Haushalt entsprechende finanzielle Mittel einzustellen, haben wir im Stadtrat eine Resolution eingebracht, um die Landesregierung zum Handeln aufzufordern.

Die von den Bürgern zu zahlenden Anliegerbeiträge sind unsozial und ungerecht. Wir wollen sie abschaffen und die Bürger damit entlasten. Dem dient eine Gesetzesinitiative der CDU-Landtagsfraktion. Die Erneuerung von Straßen ist ein Teil der gemeindlichen Daseinsvorsorge für alle Bürger und damit eine Gemeinschaftsaufgabe. Straßen sind Teil der notwendigen Infrastruktur, wie auch Gemeindehäuser, Kindertagesstätten und Schulen. Diese notwendige Infrastruktur auf hohem Niveau zu halten, ist eine Aufgabe der Allgemeinheit und nicht nur der Grundstückseigentümer. Insofern ist es nicht Teil des Beitragsrechts, sondern muss aus allgemeinen Steuermitteln geleistet werden. Wir werden im Vorfeld der Landtagswahl den politischen Druck auf die Landesregierung erhöhen, diese ungerechten Abgaben endlich abzuschaffen.

7. Administrative Unterstützung

Auch wenn wir die Umstellung der Verwaltung auf elektronische Verfahren als wichtige Maßnahme für eine moderne und effiziente Verwaltung für sinnvoll halten, darf dabei niemand auf der Strecke bleiben. Geeignete Maßnahmen zur Unterstützung von Seniorinnen und Senioren oder bspw. Menschen mit körperlicher oder geistiger Beeinträchtigung sollten nach einer Evaluation von Art und Umfang des Unterstützungsbedürfnisses diskutiert werden.

8. Bildung, Kultur, Teilhabe

Altersarmut darf die Teilhabe an allen gesellschaftlichen Prozessen und die Gewährleistung eines selbstbestimmten Leben im Alter nicht gefährden. Daher befürworten wir selbstverständlich grundsätzlich den ermäßigten und barrierefreien Zugang von Seniorinnen und Senioren sowie Menschen mit Behinderungen zu kommunalen Einrichtungen. Teilhabe an Kultur, Bildung und Sport darf nicht durch fehlende finanzielle Mittel verhindert werden.